



## Luise Amtsberg MdB

Sprecherin für Flüchtlingspolitik  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



## Omid Nouripour MdB

Sprecher für Außenpolitik  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



## Agnieszka Brugger MdB

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Agnieszka Brugger MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Frau  
Bundesministerin der Verteidigung  
Ursula von der Leyen

Bundesministerium der Verteidigung

10785 Berlin

Gleichlautendes Schreiben geht an das Bundesministerium des  
Innern, für Bau und Heimat und das Auswärtige Amt

Bundestagsbüros

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Berlin, 19.12.2018

Sehr geehrte Frau Ministerin von der Leyen,

in Afghanistan arbeiten seit Jahren afghanische Ortskräfte an der Seite deutscher SoldatInnen, PolizistInnen, EntwicklungshelferInnen und DiplomatInnen. Der Einsatz dieser Menschen und ihr Wille, auch Leib und Leben zu riskieren, belegen eindrücklich, welchen Preis viele AfghanInnen für die Verteidigung von Frieden und Demokratie bereit sind zu zahlen. Das deutsche Engagement wäre ohne ihre mutige Arbeit nicht denkbar. Wir sind der festen Überzeugung, dass Deutschland als Arbeitgeber diesen Menschen gegenüber eine besondere Fürsorgepflicht hat. Insbesondere dann, wenn ihr Leben und das ihrer Familie aufgrund ihrer Tätigkeit als Ortskraft in Gefahr ist. Es ist kein Geheimnis, dass die Taliban insbesondere afghanische Ortskräfte als Kollaborateure bezichtigen und bestrafen. Dies beschreibt eindrücklich der Länderbericht des Europäischen Asylunterstützungsbüros (<https://www.easo.europa.eu/sites/default/files/easo-country-guidance-afghanistan-2018.pdf>) aus dem Juni 2018. Aufgrund einer individuellen Gefährdung hat die Bundesregierung bis heute allein 740 Ortskräften aus Afghanistan eine Aufnahmezusage erteilt und Schutz in Deutschland gewährt.

Vor diesem Hintergrund sehen wir den anhaltenden Protest afghanischer Ortskräfte vor dem Camp Marmal der Bundeswehr in Masar-i-Sharif mit großer Sorge. Die uns von ehemaligen Ortskräften

[2]

erreichenden Berichte widersprechen der Darstellung der Bundesregierung, man habe sich mehrfach mit den Protestierenden verständigt und das Verfahren zur Meldung einer individuellen Bedrohung transparent erläutert (siehe BT/Drs. 19/5454, Antwort der Bundesregierung auf Frage 17). Außerdem steht die Aussage der Bundesregierung, es könne keine Gefahr durch die Taliban für die Ortskräfte aus Masar-i-Sharif festgestellt werden, im deutlichen Gegensatz zu den Berichten von Betroffenen, die uns persönlich erreichen.

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage unserer Fraktion (19/4988) zeigt, dass die Aufnahmen nach dem Ortskräfteverfahren mittlerweile fast gänzlich zum Erliegen gekommen sind. 2017 wurden nur vier Aufnahmegenehmigungen erteilt, in diesem Jahr noch nicht eine einzige. Zeitgleich wurden 80 Schutzanträge abgelehnt. Die Beantragung von Visa bei den deutschen Botschaften in Pakistan und Indien stellen für Antragsteller eine zusätzliche Hürde dar. In dieser Situation wiegen die Unzulänglichkeiten des etablierten Verfahrens aus unserer Sicht besonders schwer. Nach wie vor gibt es keine Transparenz und Nachvollziehbarkeit darüber, wie die betroffenen Ressorts die Gefährdungslage einzelner Ortskräfte ermitteln. Den AntragstellerInnen mangelt es im Falle einer Ablehnung an klar nachvollziehbaren Einspruchsmöglichkeiten. Nicht zuletzt wird die Möglichkeit der Antragstellung durch eine willkürliche Stichtagsregelung begrenzt.

Wir fordern Sie deshalb auf, Ihrer Verantwortung für die afghanischen Ortskräfte gerecht zu werden. Dazu zählt mindestens eine angemessene und gewissenhafte Auseinandersetzung mit den Anliegen der Protestierenden in Mazar-i-Sharif und eine erneute Prüfung ihrer Gefährdungsanzeigen. Zudem möchten wir Sie auffordern, die Verfahren zur Aufnahme von Ortskräften grundlegend zu verbessern und transparenter zu machen, beispielsweise auf dem Wege einer Gruppenaufnahme anstatt der intransparenten Prüfung der individuellen Gefährdung. Eine gründliche Sicherheitsüberprüfung bliebe von einer Veränderung des Aufnahmeverfahrens unbenommen.

[3]

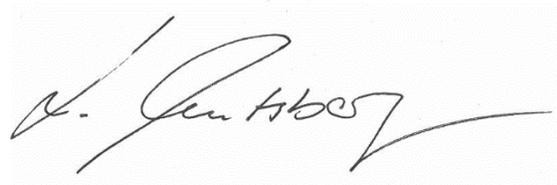
Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Agnieszka Brugger". The script is cursive and fluid.

Agnieszka Brugger MdB

A handwritten signature in black ink that reads "Omid Nouripour". The script is cursive and includes a long horizontal flourish at the end.

Omid Nouripour MdB

A handwritten signature in black ink that reads "Luise Amtsberg". The script is cursive and includes a long horizontal flourish at the end.

Luise Amtsberg MdB